

22/1994

Helmut Kohl: Wir sind stärkste Partei geblieben

Wir haben in Sachsen-Anhalt unser Ziel erreicht. Ich bin mit dem Ergebnis sehr zufrieden, denn es gibt uns gute Chancen für die nächsten Wahlen und die Bundestagswahl im Oktober.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Ministerpräsident Christoph Bergner am 27. Juni im Konrad-Adenauer-Haus berichtete Bundeskanzler Helmut Kohl von den Beratungen im Parteipräsidium über das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und erinnerte daran, was allgemein noch zu Beginn des Jahres geschrieben und erwartet wurde.

Wenn man aber die zurückliegenden sechs Monate überblicke, so der Bundeskanzler, befinden wir uns „in einer ganz guten Verfassung“: Die CDU habe zwar die Landtagswahl in Niedersachsen nicht gut bestanden, aber besser, als uns vorausgesagt war; die CDU habe entgegen allen Prophezeiungen ihren Kandidaten bei der Bundespräsidentenwahl durchsetzen können; die CDU habe ein sehr gutes Ergebnis bei der Europawahl und bei den Kommunalwahlen vom 12. Juni erzielt und auch jetzt ihr Ziel in Sachsen-Anhalt erreicht: „Wir sind stärkste Partei geblieben.“

Auch wenn wir deshalb keinen Grund zum Jubeln haben, hätten wir doch allen Grund zu Zuversicht und Selbstbewußtsein. Die große Chance, die darin liege, müsse aber auch genutzt werden. Das heißt: Die Partei muß ihre Kräfte bündeln und schon ab heute wieder um jede Stimme kämpfen. ■

HEUTE AKTUELL

● Sachsen-Anhalt

Christoph Bergner: Dieses Wahlergebnis läßt nur eine große Koalition zu. Seite 2

● Wahlkampf

Bundesgeschäftsführer Hans-J. Reck: Weiter mit ganzer Kraft um jede Stimme kämpfen. Seite 6

● Konjunktur

Deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs. Seite 8

● Neue Länder

Materialien zur Deutschen Einheit: Gewaltige Anstrengungen und eine enorme Aufbauleistung. Seite 10

● Symposium

Erneuern mit Mut. Grundsatzreferat des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble beim Symposium des Wirtschaftsrates der CDU am 22. Juni. Seite 16

● Dokumentation

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Vorläufiges amtliches Endergebnis. Grüner Teil

Christoph Bergner:

Dieses Wahlergebnis läßt nur eine große Koalition zu

Auch ich will keinen Zweifel daran lassen, daß ich das Ergebnis als einen Erfolg betrachte, und ich sage hier auch ganz deutlich: vor dem Hintergrund der Stimmungslage im Dezember/Januar als einen Erfolg nicht nur für die CDU, sondern auch insgesamt für das Land.

Denn was sich aus diesem Wahlergebnis für die CDU ableiten läßt, ist ja auch, daß es uns gelungen ist, die Gesamtstimmung im Lande aufzubrechen, die infolge der Gehälteraffäre einen Punkt erreicht hatte, an dem niemand, und zwar in keiner politischen Partei, Freude haben konnte, jedenfalls in keiner Partei, der die Zukunft des Landes am Herzen liegt. Es ist allgemein gelungen, wieder Vertrauen in die Politik zu verbreiten und natürlich Vertrauen auch in die CDU. Das schlägt sich in der Erreichung unseres Wahlzieles nieder, nämlich daß wir tatsächlich — wenn auch knapp — größte Fraktion im neuen Landtag geworden sind.

Ich habe mich bei all denen zu bedanken, die uns unterstützt haben bei der Erreichung dieses Wahlzieles, zunächst einmal bei den Wählerinnen und Wählern.

Ich hatte auch schon im Wahlkampf sehr stark den Eindruck, daß uns vor allen Dingen diejenigen gewählt haben, die entschlossen sind, den Aufbau des Landes fortzusetzen, und die sehen, daß es zu diesem Weg keine Alternative gibt. Wir müssen deshalb, wenn wir das Wohl der Menschen in unserem Land im Auge haben, auf diesem Kurs fortfahren, und ich fühle mich bei alledem, was jetzt kommt, daran will ich keinen Zweifel las-

sen, dieser Wählerschaft in besonderer Weise verpflichtet.

Ich habe mich auch für die Unterstützung zu bedanken, die wir von Bundesseite bekommen haben. Ich erwähne das, weil es auffällig war, daß sich alle Parteien der strategischen Bedeutung dieser Wahl bewußt waren und deshalb in Sachsen-Anhalt Hilfe leisteten. Die SPD hat ihren Bundesparteitag kurz vor die Landtagswahlen gelegt, die FDP hat in einer gro-

Erklärung der Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt zum Ergebnis der Landtagswahlen am 26. Juni

ßen Kampagne mit dem Image von Hans-Dietrich Genscher geworben, die Grünen hatten ihre Prominenz im Lande. Aber es war ganz offensichtlich, daß die größte Durchschlagskraft die Unterstützung der CDU, der Bundes-CDU hatte, wie denn auch die beeindruckendsten Wahlveranstaltungen diejenigen waren, die der Bundeskanzler vor Ort abhielt. Das läßt sich allein an der Besucherstatistik selbst kritischen Beobachtern zweifelsfrei nachweisen. Das ist ein Punkt, den wir hier dankbar konstatieren dürfen und der zu einem zusätzlichen Aufwind geführt hat.

Wir alle sind nicht glücklich über das PDS-Ergebnis. Ich will aber auch deutlich machen, daß hinter diesem fast 8prozentigen Anstieg nur ein Stimmzuwachs von 55.000 steht. Das macht deutlich, daß die Wahlbeteiligung bei diesem

Ergebnis eine wesentliche Rolle gespielt hat.

Wir liegen bei 55 Prozent Wahlbeteiligung, wie Sie wissen, und ich sehe einen wichtigen Grund für die niedrige Wahlbeteiligung in der raschen Aufeinanderfolge der beiden Wahltermine.

Ich habe das im Wahlkampf bei den Bemühungen, auf die Bürger zuzugehen, häufiger bemerkt. Man hat sich zunächst einmal auf den Europa-Wahltermin eingestellt und ging mit dem zweiten etwas unsicher um. Urlaubspläne und andere Dinge störten hier, das Wetter hat sicher auch noch seinen Beitrag dazu geleistet. Jedenfalls hat die geringe Wahlbeteiligung sicher zu dem guten Abschneiden der PDS beigetragen.

Ich sage das auch, damit keine Legenden aufkommen, denn dieser Wahltermin war nicht die Idee der CDU Sachsen-Anhalts. Wir hatten uns immer einen Wahltermin im Herbst vorgenommen. Er war die Voraussetzung in der Verhandlung mit dem Landesvorsitzenden der FDP über die erneute Koalitionsvereinbarung nach meiner Wahl zum Ministerpräsidenten. Der frühe Termin hat sich mit Sicherheit auch für die FDP nicht ausgezahlt.

Wichtig ist aber noch ein anderer Gesichtspunkt, der sich aus meiner Analyse der Zusammenhänge zwingend ablei-

tet: Es hat sich für die FDP vor allen Dingen nicht ausgezahlt, daß sie ohne Koalitionsaussage in die Wahl gegangen ist und — ich habe das auch an Reaktionen in der Bevölkerung gemerkt — damit letztlich zu einer indifferenten Größe geworden ist.

Wir hatten dagegen nie einen Zweifel daran gelassen, daß unsere programmatische Koalitionsaussage heißt: Wir wollen die Koalition mit der FDP fortsetzen.

Wir haben jetzt eine Situation, die, will man konstruktiv mit dem Wahlergebnis umgehen, nur eine große Koalition zuläßt. Ich selber kämpfe vehement dafür, daß wir schnell und zügig in Verhandlungen mit der SPD eintreten, um eine sichere Koalitionsvereinbarung zu treffen und auch eine sichere Regierungsmehrheit zu organisieren.

Wer nur ein wenig Gefühl für die Aufgaben hat, die vor uns liegen, weiß, daß alle anderen Überlegungen, die auf Duldung, Minderheitsregierung oder ähnliche Dingen hinauslaufen, den Herausforderungen des Landes nicht gerecht werden.

Ich verstehen den Wählerauftrag so, daß wir dazu verurteilt sind, uns zusammenzuraufen. Ich weiß, daß das kein einfacher Prozeß ist, aber ich bin bereit, diesen Weg zu gehen. ■

Peter Hintze: Volksfrontbündnis verhindern

Der Beschluß der SPD in Sachsen-Anhalt, den Wahlsieger des vergangenen Sonntags, Ministerpräsident Christoph Bergner, unter Mitwirkung der PDS auszuhelben, ist ein Skandal. Die SPD verstößt damit gegen eine wichtige Grundregel der Demokratie, nach der die stärkste Fraktion den Wählerauftrag hat, den Ministerpräsidenten zu stellen. Wer wie die SPD auf die stillschweigende oder gar aktive Unterstützung durch die SED-Nachfolgeorganisation PDS setzt, um an die Macht zu kommen, tut der Demokratie einen schlechten Dienst. Ich fordere Rudolf Scharping auf, jetzt wieder für Ordnung zu sorgen und ein wie auch immer geartetes Volksfrontbündnis in Sachsen-Anhalt zu verhindern. Der Aufbauprozeß in Sachsen-Anhalt darf nicht durch ein Volksfrontabenteuer gefährdet werden.

Probleme mit der Wirklichkeit

SPD und PDS Seit' an Seit'

Die CDU und Ministerpräsident Christoph Bergner gingen aus der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt als stärkste Fraktion hervor. Die Sozialdemokraten versuchen nun mit allen Mitteln einen CDU-Ministerpräsidenten zu verhindern.

Jetzt wird deutlich, was die SPD offenbar auch im Herbst in Bonn durchzusetzen versucht. Ein rot-grünes Volksfrontbündnis gemeinsam mit den Kommunisten von der PDS: Rot-Grün wäre schon eine gefährliche Utopie für Deutschland, Rot-Rot-Grün ein Desaster für die Demokratie!

Nicht Ampel, sondern Amok

„Mit einem Schlag hat die SPD Klarheit geschaffen. In der parteipolitischen Frontstellung gegen die Kohl-Regierung nimmt sie alles, was sie kriegen kann. Das Nebelwerfen — rot-grün oder nicht — ist beendet. Das ist das Signal der beabsichtigten Bildung einer Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt, mit Reinhard Höppner als Ministerpräsident, mit den Grünen als Koalitionspartner, mit der PDS als mittelgroßem Bruder im Nebenzimmer, der im Bedarfsfall herüberkommt und das Abenteuer durch die erforderlichen Stimmen stützt. Da dies in Bonn, also von Rudolf Scharping selbst, ins Werk gesetzt wurde, steht außer Zweifel, was die Sozialdemokraten im Herbst bei ähnlichem Wahlausgang wollen: Nicht eine Ampel, sondern einen Amoklauf.

Tatsächlich hat die SPD mit diesem

Signal nicht nur Klarheit geschaffen in der Frage eines rot-grünen Bündnisses. Die neue Losung, mit der der sozialdemokratische Wahlkampf nun Fahrt bekommen soll, wird lauten: Mit der PDS ist es immer noch besser als mit der CDU, gleichgültig, wie die Zusammenarbeit auch aussehen wird. Noch keine fünf Jahre nach dem Ende der Zwangsvereinigung der Sozialdemokraten und Kommunisten in der SED rücken die machtbehafteten Herrschaften ganz ohne Zwang wieder ein wenig zusammen.

Verlierer ist dabei zunächst Sachsen-Anhalt. Es bekommt eine Regierung nicht nach den Erfordernissen des Landes, sondern nach den Kalkulationen der sozialdemokratischen Wahlkampfplaner in Bonn. Parteiinteressen triumphieren über Staatsinteressen.“ (Süddeutsche Zeitung, 29.6.94)

Linke Einheitsfront

„Die rot-grüne Minderheitsregierung, welche Höppner jetzt auftragsgemäß anstrebt, ist eine linke Einheitsfront de luxe. Den Mut, sich zu einem offenen Bündnis mit der wie auch immer zur PDS gewendeten SED zu bekennen, haben die Sozialdemokraten, vom Niedersachsen-Schröder und einigen anderen abgesehen, nicht. Deshalb gehen sie noch einen Schritt weiter. Sie weisen der früheren Staatspartei die komfortabelste Rolle zu, die sich denken läßt. Es ist die Rolle der in das Luxusgewand verantwortungsfreier Opposition gehüllten stillen Teilhaberin an der Macht.“ (FAZ, 29.6.94) Weiter kommentiert die FAZ: „Die SPD wird kenntlich als eine Partei, der die Gemeinsamkeit der Linken wichtiger ist als die Gemeinsamkeit der Demokraten. Scharpings Werben um die Mitte kann man jetzt getrost verlogen nennen.“ (FAZ, 29.6.94)

Schäuble: SPD macht SED-PDS hoffähig

Zu Beginn der Fraktionssitzung am 28. Juni erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble:

Sachsen-Anhalt braucht in dieser schwierigen Aufbauphase, in der sich der Osten Deutschlands befindet, eine stabile Regierung. Eine Minderheitsregierung ist in keinem Fall geeignet, die Probleme des Landes zu lösen. Deshalb kann die CDU ein solches Experiment nicht unterstützen.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Jede Minderheitsregierung spekuliert auf die Unterstützung oder Tolerierung durch die PDS. Die SPD weiß das, sie läßt sich dadurch nicht beirren. Sie läßt sich nicht beirren durch die Tatsache, daß sie den Wählern vor dem 26. Juni versprochen hat, sich auf eine solche politische Zusammenarbeit nicht einzulassen. Sie läßt sich nicht beirren durch die Tatsache, daß sie auf diese Weise die Nachfolgeorganisation der SED, der Partei der Mauerschützen und der Gefängnis-schergen, nur hoffähig macht. Und

dies im vierten Jahr der Einheit. Dies ist ein unglaublicher Skandal in der deutschen Politik.

Vernunftargumenten ist die SPD-Führung offensichtlich nicht mehr zugänglich. Den Bundesrat benutzt sie nur noch als Blockadeinstrument, mehr als 20 wichtigen Vorhaben der Bundesregierung verweigert der Bundesrat die Zustimmung. Darunter das Entschädigungsgesetz, das die SPD entgegen den Interessen der ostdeutschen Landwirte — und zwar sowohl der Neueinrichter, der Wiedereinrichter wie der LPG-Nachfolgeorganisationen — blockiert. Die SPD mißbraucht den Bundesrat für eine Politik der verbrannten Erde.

Es gibt Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Mit den Radikalen von rechts und links darf es keine Zusammenarbeit geben. Wenn führende SPD-Politiker erklären, die SPD stünde der PDS näher als der CDU, dann ist klar, wohin die Reise geht. Die Wählerinnen und Wähler werden darauf die richtige Antwort geben.

Verantwortungslos

„Ein ungeschriebenes Gesetz der Demokraten — bisher jedenfalls: Kein Pakt mit, keine Abhängigkeit von Ultrarechts und Ultralinks! Kommt es in Sachsen-Anhalt zu einer rotgrünen Koalition, die am Tropf der „Roten Socken“ hängt, kann Rudolf Scharping die politische Mitte vergessen — und seine Glaubwürdigkeit.“ (Bild, 29.6.94)

Der SPD-Fraktionschef in Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Farthmann; warnt seine Partei vor einer Tolerierung durch

die PDS: „Am Ende darf es nicht nur um die Wahl des Ministerpräsidenten gehen, da muß vor allem eine handlungsfähige Regierung stehen. Wer das nicht beachtet, handelt verantwortungslos (...) Wir dürfen nicht vergessen, daß die PDS nur das andere Etikett für diejenigen ist, die die Leute 40 Jahre drangsaliert haben. Wenn man die Duldung durch die PDS will, muß man das von vornherein klar sagen, statt am Ende festzustellen, daß man von ihr die Bedingungen diktiert bekommt.“ (Neue Rhein-Zeitung, 29.6.94)

Bundesgeschäftsführer Hans-J. Reck:

Weiter mit ganzer Kraft um jede Stimme kämpfen

*Liebe Parteifreundinnen
und Parteifreunde,*

zur Halbzeit dieses Superwahljahres haben wir keinen Grund zu Übermut, aber gewiß allen Anlaß zur Zuversicht: Die Unionsparteien haben — entgegen vieler Prognosen — mit großem Vorsprung vor der SPD die Europawahl gewonnen; bei den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern hat die CDU vielerorts sehr gut abgeschnitten. In Sachsen-Anhalt ist es der CDU trotz einer schwierigen Ausgangslage gelungen, wieder stärkste Partei zu werden. Auch dies ist ein Ergebnis, das noch vor kurzem kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Allen Mitgliedern, Freunden und Helfern, die in den verschiedenen Wahlkämpfen durch ihren ungeheuren Einsatz diese Erfolge mit herbeigeführt haben, gilt mein herzlichster Dank.

Um Vertrauen werben

Bei fast allen Wahlen in diesem Jahr hat sich gezeigt, daß die demoskopischen Zahlen und das tatsächliche Wahlergebnis zum Teil beträchtlich auseinanderklaffen. Meinungsforschung ermittelt eben nur ein momentanes Stimmungsbild. Und das kann sich oft über Nacht ändern. Aufgabe ehrlicher und erfolgreicher Politik muß es sein, kontinuierlich um das Vertrauen der Bürger zu werben. Darauf kommt es jetzt vor allem an.

Wir dürfen uns nicht täuschen: Das gute Abschneiden unserer CDU ist sicherlich eine gute Ausgangsbasis für die zweite Hälfte dieses Superwahljahres. Aber wir dürfen jetzt nicht nachlassen. Die kommenden Wahlen sind noch nicht entschieden; es gilt, weiter mit ganzer Kraft um jede Stimme zu kämpfen. Insbesondere beim Marathon zur Bundestagswahl ist nicht die Frage, wer zur Hälfte des Weges die Nase vorn hat, sondern wer ganz am Ende in Führung liegt.

Engagement vor Ort belohnt

Bei der Europawahl, bei den Kommunalwahlen und bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sind noch viele Wähler zu Hause geblieben. Ihnen gilt unser besonderes Augenmerk; wir müssen möglichst viele von ihnen überzeugen, zur Wahl zu gehen und für die CDU zu stimmen. Dazu brauchen wir auch weiterhin das Engagement der Mandatsträger, Mitglieder und Freunde der CDU.

Jede einzelne Wahl ist wichtig. Darum unterstützt die CDU-Bundesgeschäftsstelle auch weiterhin die Wahlkämpfer für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen nach besten Kräften. Unsere Erfolge bei den Wahlen im Juni beweisen, daß vor allem das große persönliche Engagement vor Ort belohnt wird. Einmal mehr zeigt sich: Wenn die Union das

Auf in den
Sommer
und mit Schwung
in den Herbst

Gespräch mit den Bürgern sucht und unsere Politik mit guten Argumenten vertreibt, kann sie das Vertrauen der Menschen gewinnen. Die CDU als offensive, bürgernahe und engagierte Partei — diesen erfolgreichen Weg müssen wir fortsetzen.

An die Freude über unsere ersten wichtigen Erfolge schließt sich nun die verdiente Ferienzeit an. Erholung und neues Kräftesammeln sind notwendig, denn die zweite Jahreshälfte wird uns allen noch viel abverlangen. Aber auch in den Ferienwochen müssen wir in der Öffentlichkeit präsent bleiben. Gerade die Urlaubszeit bietet für die Union viele Möglichkeiten, auf sympatische Weise zu zeigen, daß die CDU neben der Partei des Aufschwungs auch die Familienpartei in Deutschland ist.

„Auf in den Sommer und mit Schwung in den Herbst“ lautet das Motto unserer Sommerkampagne, bei der wir schon in der Plakatgestaltung auf einen Schlüsselbegriff unseres Wahlkampfes anspielen. Mit dem Bundeskanzler an der Spitze werden führende CDU-Politiker in den nächsten Wochen an Ferienaktionen unserer Partei teilnehmen. Kinder- und Familienfeste sollen ebenso wie weitere Veranstaltungen zum Thema Familie dazu dienen, die Union in den Städten und Gemeinden als familienfreundliche, lebendige und zugleich gesprächsaffine Partei zu erfahren.

Wir werden Sie vor Ort rechtzeitig über alle Termine informieren; die Bundesgeschäftsstelle unterstützt die Familienaktionen tatkräftig mit Materialien und sachkundigem Rat.

Selbstbewußt und offensiv

Diese Sommerkampagne ist wichtig. Denn wir dürfen die positive Stimmung, die die Union für sich aufbauen konnte,

nun nicht abreißen lassen. Selbstbewußt und offensiv wollen wir nach dem Sommer in die letzte Phase dieses Wahljahres eintreten und auf den Erfolgen vom Juni aufbauen. Dabei bauen wir in der Öffentlichkeitsarbeit auf Kontinuität. Unser Signet „Sicher in die Zukunft“ hat sich bewährt: Es ist zum Markenzeichen der erfolgreichen CDU geworden.

Das Gespräch suchen

Auch im Herbst werden wir im Wahlkampf auf Gespräche statt Materialschlachten setzen. Nichts spricht mehr an als die persönliche Überzeugungskraft im Dialog mit den Bürgern — hier hat der gewaltige Einsatz unseres Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, ein eindrucksvolles Zeichen gesetzt. Darauf bauen wir auch im Herbst.

Als großer Erfolg hat sich schließlich unsere Anrufaktion unter der einprägsamen Nummer 0228/1994 herausgestellt. Wir wollen auch dieses moderne Mittel des Bürgerdialogs fortführen und mit der Unterstützung von ehrenamtlichen Helfern für die Bundestagswahl noch weiter ausbauen.

Die Union hat alle Chancen zu gewinnen. Das haben wir am 12. und am 26. Juni gezeigt. Wir werden auch im Herbst erfolgreich sein, wenn wir jetzt nicht nachlassen und weiterhin mit ganzem Einsatz für unsere Politik eintreten. In diesem Sinne wünsche Ihnen allen — und unserer CDU — einen guten Sommer!

Ihr

Hans-J. Riege

Deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs

Zum Aufschwung der deutschen Wirtschaft erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Wachstumsrate der westdeutschen Wirtschaft von über 2 Prozent für das erste Vierteljahr 1994 bekräftigt, daß der Aufschwung in Deutschland im Gange ist. Dies zeigt, daß die Wachstumserwartung der Bundesregierung für dieses Jahr sehr gut abgesichert ist, und widerlegt zugleich eindrucksvoll jene notorischen Miesmacher, die Anfang des Jahres die Prognose im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung noch als Schönfärberei abzutun suchten. So sieht auch die Bundesbank in ihrem Monatsbericht Juni 1994 bei der Konjunktur eine bemerkenswerte Wende zum Positiven.

Das Münchner Ifo-Institut geht jetzt ebenso wie das Kieler Institut für Weltwirtschaft von einem realen Wachstum in ganz Deutschland von bis zu 2 Prozent aus.

Besonders erfreulich ist, daß sich die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt auch im Mai weiter fortgesetzt hat. Dennoch ist es zu früh, von einer Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt zu sprechen. Seine volle Wirkung wird der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt — wie schon in der Vergangenheit auch — erst mit zeitlicher Verzögerung entfalten.

Die Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze steht deshalb unverändert ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Die Maßnahmen des Standort-sicherungsprogramms und des 30-Punkte-Programms für mehr Wachs-

tum und Beschäftigung müssen weiter mit Hochdruck umgesetzt werden. Das ist der einzig vernünftige Weg, um die Grundlagen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland nachhaltig zu verbessern.

Der Versuch der SPD, dem Maßnahmenkatalog der Bundesregierung ein eigenes wirtschaftspolitisches Programm gegenüberzustellen, ist mißlungen. Das Regierungsprogramm der SPD ist eine Zusammenstellung von Widersprüchlichkeiten und unhaltbaren Versprechungen. Dort, wo die SPD ökonomisch Vernunft zeigt, hat die Bundesregierung mit ihrem Standortprogramm bereits gehandelt.

Längst verwirklicht

So kündigt die SPD beispielsweise eine Mittelstands- und Forschungsoffensive an. Diese ist als Schwerpunkt des Aktionsprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung der Bundesregierung längst verwirklicht. Die Existenzgründungs- und Innovationsoffensive im Mittelstand enthält u. a. die Auflage eines zinsverbilligten Kreditprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verbesserung der Förderung risikoreicher innovativer Unternehmensgründungen sowie zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation für ausgewählte Förderbereiche in der deutschen Wirtschaft. Daneben wurde das Eigenkapitalhilfeprogramm in den alten Bundesländern wieder eingeführt und für eine verstärkte Berücksichtigung des industriellen Mittelstandes im European Recovery Program gesorgt.

Die Ankündigung der Förderung von Zukunftstechnologien steht im Widerspruch zum bisherigen Verhalten der SPD bei konkreten Fragen des technischen Fortschritts. So wurde die von der Bundesregierung eingebrachte Gentechniknovelle von der SPD lange verzögert und zu verwässern versucht. Das unbeeirrte Festhalten am Ausstieg aus der Kernenergie hätte eine gigantische Kapitalvernichtung in der Energiewirtschaft zur Folge, die durch die geforderten Strom- und Energieeinsparungen auch nicht annähernd kompensiert werden kann.

Die Forderung, die heimische Steinkohle über die jetzt gefaßten Beschlüsse der Bundesregierung hinaus zu subventionieren, ist finanzpolitisch illusorisch. Und wer den Hochtechnologiezug Transrapid zum Vorortzug verkümmern lassen will, schadet dem Ruf des Standorts Deutschlands.

Auch bei der SPD-Ankündigung einer Entbürokratisierung auf allen staatlichen Ebenen und der Privatisierung staatlicher Aufgaben zeigt sich ein Widerspruch zwischen Anspruch und tatsächlichem Verhalten. So hat die Bundesregierung mit dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz die rechtlichen Grundlagen für die Straffung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren geschaffen. Es liegt an den Ländern, die vorhandenen Spielräume zu nutzen.

Nicht genutzt

Viele SPD-geführten Länder haben z. B. nicht die seit langem bestehende Möglichkeit zur Abschaffung der Genehmigungspflicht für Ein- und Zweifamilienhäuser genutzt (Rheinland-Pfalz, Saarland, Bremen). Zur Aktivierung der Privatisierungspotentiale bei Ländern und Kommunen hat die Bundesregierung eine Novelle zum Haushaltsgrundsatzgesetz

Neuer stellvertretender Sprecher bei der CDU

Die CDU Deutschlands bekommt einen neuen stellvertretenden Sprecher. Dr. Uwe Mazura hat zum 15. Juni 1994 Andreas Krautscheid abgelöst, der sich um ein Mandat im nächsten Deutschen Bundestag bewirbt.

vorgelegt. Die SPD-Länder blockieren diese Novelle im Bundesrat. Zur weiteren Erleichterung überlanger Planungs- und Genehmigungsverfahren hat die Bundesregierung eine unabhängige Kommission Planungs- und Genehmigungsverfahren eingesetzt, die im November 1994 ihren Bericht vorlegen wird.

Die finanzwirksamen Ankündigungen des SPD-Programms stehen im krassen Widerspruch zu den Eckwerten für eine solide Finanzpolitik. Die SPD kündigte kürzlich staatliche Leistungen mit einem Gesamtvolumen von schätzungsweise 60 Milliarden Mark an, ohne dafür eine finanzielle Deckung angeben zu können. Alle Maßnahmen werden ausdrücklich unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt. Die steuerliche Entlastung der Normalverdiener ist mit der gleichzeitigen Ankündigung, die Steuer- und Abgabenquote nicht zu erhöhen und die Neuverschuldung mittelfristig zurückzuführen, nur zu vereinbaren, wenn zugleich massive Steuererhöhungen für sog. Besserverdienende vorgesehen sind. Dabei gehören Facharbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende für die SPD bereits zu den Besserverdienenden, die vom Fiskus ungeniert geschröpft werden dürfen.

Das SPD-Wirtschaftsprogramm erweist sich damit als ein riesiges Umverteilungsprogramm zu Lasten von Durchschnittsverdienern, Mietern, Eigenheimern und Leistungsträgern. ■

Materialien zur Deutschen Einheit

Gewaltige Anstrengungen und eine enorme Aufbauleistung

Mit den Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern hat die Bundesregierung einen Bericht vorgelegt, der umfassend die gewaltigen Anstrengungen auf den einzelnen Feldern des Aufbaus dokumentiert.

Die enorme Aufbauleistung läßt sich nur ermessen, wenn auch der Umfang der sozialistischen Mißwirtschaft dokumentiert wird. Die DDR war 1989/90 bankrott. Die Wirtschaft war am Boden, die Umwelt war in erheblichen Teilen kontaminiert. Bausubstanz, Straßen, Kanalisation — alles befand sich in miserablen Zustand.

Wir haben in den letzten Jahren eine gewaltige Wegstrecke zurückgelegt: Schon vor der völkerrechtlich wirksamen Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 haben wir mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion nach innen und nach außen unmißverständlich klargestellt, daß wir in Zukunft unser Schicksal wieder gemeinsam gestalten werden. Seither hat sich die Lage in den neuen Ländern entscheidend verbessert. Private und öffentliche Investoren werden nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute in diesem Jahr 160 Mrd. DM in Gebäude, Anlagen und Maschinen investieren.

Die Nettoinvestitionen je Erwerbstätigem sind inzwischen in Ostdeutschland nahezu dreimal so hoch wie in den alten Bundesländern. Wir erwarten für die Wirtschaft in diesem Jahr ein Wachstum von ca. 7,5 Prozent. Grundlage des Auf-

schwungs ist eine funktionsfähige Infrastruktur. Seit 1990 haben wir rd. 21 Mrd. DM in das Schienennetz der neuen Länder investiert. Wir schaffen in den neuen Ländern das modernste Telekommunikationsnetz der Welt. Wir haben die Wirtschaft in Gang gebracht.

Ca. 400.000 Selbständige bzw. mittelständische Unternehmen sind in den neuen Ländern seit der Einheit aktiv geworden. Sie haben dabei drei Mio. Arbeitsplätze geschaffen. Bundesregierung, Landesregierungen und Treuhand-Anstalt haben

Von Kanzleramtsminister Friedrich Bohl

mit einigem Erfolg erhebliche Anstrengungen unternommen, um wettbewerbsfähige Industriekerne zu erhalten.

Im Eigenkapitalhilfe-Programm sind mittlerweile fast 119.000 Zusagen mit einem Volumen von 10,9 Mrd DM gemacht. Im Rahmen des ERP-Programms werden ebenfalls Existenzgründungen und private Investitionen gefördert. Seit 1990 haben weit über 200.000 Kreditzusagen ein Investitionsvolumen von 86 Mrd. DM angeschoben. Mit den Finanzmitteln der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ werden Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur gefördert.

Bis Ende 1993 konnten insgesamt 32,2

Investitionen in die Zukunft Deutschlands

Die „Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern“ sind eine umfassende Bestandsaufnahme der Lage in Ostdeutschland nach Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Der Bundesregierung und insbesondere dem Bundesminister des Innern ist für diese wichtige Dokumentation des Weges zur Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in Ost und West zu danken.

Die Dokumentation macht deutlich, wie umfangreich der komplizierte Umgestaltungsprozeß ist. Die gewaltigsten Anstrengungen wurden und werden bei der Herstellung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Einheit erbracht. Hieran sind alle Deutschen beteiligt. Allen voran sind dabei die Finanzhilfen in Höhe

von 175 Mrd. DM allein im Jahr 1994 (133 Mrd. DM netto) zu nennen. Aber auch die Umsetzung dieser Mittel in den Kommunen und Ländern in Infrastrukturmaßnahmen und die soziale Abfederung sind eine hoch zu wertende Leistung. Wer sich seine Information unmittelbar vor Ort holt und mit den Menschen spricht, kann sich mit Augen und Ohren davon überzeugen, daß das Geld gut angelegt ist. Diese Mittel sind eine Investition in die Zukunft Deutschlands.

Das Geld ist gut angelegt

Johannes Nitsch: Ich möchte daher den Menschen in den alten Ländern für diese Leistung danken und sie bitten, sich auch nicht durch Wahlergebnisse irritieren zu lassen, die manchen als Undankbarkeit erscheinen mögen.

Mrd. DM Fördermittel zugesagt werden. Damit wurden 120 Mrd. DM Investitionsvolumen angeregt und über 870.000 Dauerarbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert. Wir werden auch in Zukunft einerseits den Aufbau neuer Arbeitsplätze fördern, andererseits den Abbau alter Beschäftigungen sozialpolitisch abfedern.

Dabei ist durch den Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Arbeitsmarkt 1993 um jahresdurchschnittlich 1,7 Mio. Personen entlastet worden.

Forschung und Technologie unterstützen wir massiv. Wir werden auch die berufliche Bildung weiter stärken. 455 Mio. DM werden von 1994 bis 1997 für die Förderung überbetrieblicher beruflicher Ausbil-

dungsstätten zur Verfügung gestellt. Es bleibt dabei, daß wir auch in Zukunft alles daran setzen, daß jeder Jugendliche die Chance auf eine Lehrstelle hat.

Bloße Verweigerungshaltung, Miesmacherei und Neinsager-Mentalität sind ein Hindernis auf dem Weg der inneren Einheit. Wer diese Erfolge aus der Welt reden will, handelt gegen die Interessen der Bürger. Von der Miesmacherei profitiert letztlich nur die PDS. Wenn die SPD sich von der PDS abgrenzen will, müßte sie deutlich sagen: Die PDS will den Bürgern in den neuen Ländern die Wahrheit über die großen Fortschritte beim Aufbau ihrer Heimat vorenthalten. Blühende Landschaften haben wir noch nicht überall in den neuen Bundesländern, aber es gibt sie immer öfter. ■

SPD-Steuerpolitik ist leistungs- und investitionsfeindlich

Der Zick-Zack-Kurs in der Finanz- und Wirtschaftspolitik bleibt Konzept bei der SPD. Mit milliardenschweren Ausgabenprogrammen gehen die Genossen auf Stimmenfang. Ein solides Finanzierungskonzept bleiben sie schuldig.

Über 130 Milliarden D-Mark — dies ist mehr als ein Viertel des gesamten Bundeshaushaltes — wollen die Sozialdemokraten ausgeben: vor allem für ein Aufbauprogramm Ost, für ein Zukunftsinvestitionsprogramm, für aktive Arbeitsmarktpolitik, für eine Reform der Kosten der Arbeit und verbesserte Bedingungen für private Investitionen. Dies ist ein Selbstbedienungsladen ohne Preisschilder und Kasse: Jeder darf sich etwas nehmen — bezahlen muß indes niemand.

So scheint es zumindest auf den ersten Blick. Wer genauer hinsieht, erblickt das wahre sozialdemokratische Gesicht: Mit der Ergänzungsabgabe für Besserverdienende wollen die Genossen Facharbeiter, Angestellte, Krankenschwestern und Polizisten abkassieren. Hinter der Floskel „gerechtere Besteuerung von Vermögen“ verbirgt sich nichts anderes als eine drastische Erhöhung der Einheitswerte, die die Grundlage zur Berechnung von Erbschaft-, Vermögen- und Grundsteuer bilden. Damit greifen die Sozialdemokraten Häuslebauern und Mietern, jungen Selbständigen und Sparern ins Portemonnaie. Eine Unternehmensteuerreform indes, die die im internationalen Vergleich vorhandenen Strukturnachteile deutscher Betriebe verändern und damit mehr Spielraum für Arbeitsplätze schaffen würden, lehnen die Genossen ab.

Nun melden sich auch noch die Grünen,

Wunsch-Koalitionspartner der SPD, mit Steuerforderungen zu Wort. Joschka Fischer verlangte unlängst eine Wohnflächensteuer sowie eine Bodenwertzuwachssteuer.

Das „Ei des Kolumbus“ glauben die Sozialdemokraten mit der ökologischen Steuerreform gefunden zu haben. Das heißt: Autofahren soll teurer werden, die Kilometerpauschale im Steuerrecht wird abgeschafft. Doch gerade diese Pauschale kommt Arbeitnehmern von kleinen und mittleren Einkommen, die täglich eine weite Strecke zum Arbeitsplatz

Wo immer die SPD Verantwortung trägt, hat sie einen wirtschafts- und finanzpolitischen Scherbenhaufen produziert.

zurücklegen müssen, zugute. Eine Entfernungspauschale, wie von der SPD gewünscht, die zum Umsteigen auf Bahn oder Bus zwingen soll, benachteiligt viele Pendler, die auf dem Land wohnen und keine Straßenbahn vor der Haustür nutzen können.

Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei den Sozialdemokraten auseinander. Wo immer sie Verantwortung tragen, haben sie einen wirtschafts- und finanzpolitischen Scherbenhaufen produziert: Das Saarland muß dank der Subventions- und Umverteilungspolitik von Ministerpräsident Lafontaine eine Arbeitslosenquote von 12 Prozent verkraften, im SPD-regierten Bremen liegt die Arbeitslosenquote sogar bei 13,8 Prozent, in Niedersachsen hat die Staatswirtschaft Schröders zu 10,4

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Seit Jahren gibt es in Schloß Eichholz diese Veranstaltungsform, die sogenannten „Eichholzer Foren“. Die Hauptanliegen dabei: politische und gesellschaftliche Fragestellungen und Problemkomplexe aufzugreifen und Beiträge zur Versachlichung politischer Diskussionen in Deutschland zu leisten.

Eines der nächsten Angebote:

Wider die Stimmungsmacher und Verdrossenen — Warum die deutsche Einheit gelingt

Eichholzer Forum

1. bis 2. September 1994

Veranstaltung Nr. 225

Hauptthesen/Themenschwerpunkte:

- Die Deutschen in Ost und West wollen die Einheit.

- Das Grundgesetz war und ist das Unterpfand der Freiheit.
- Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als gesellschaftliches Ordnungsmodell bewährt.
- Die gemeinsamen Zukunftsaufgaben einen die Ost- und die Westdeutschen erfolgreich.
- Die Einheit ist weiter fortgeschritten, als die Stimmungsmacher und Verdrossenen es wahrhaben wollen.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling

Prozent Arbeitslosen geführt. Damit liegen die Arbeitslosenquoten in den SPD-Ländern deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt von 8,1 Prozent.

Was die Genossen unter solider Haushaltsführung verstehen, belegt Niedersachsen besonders eindrucksvoll. Trotz höherer Einnahmen durch die vereinigungsbedingte Sonderkonjunktur hat Schröder die Verschuldung in die Höhe getrieben, Rücklagen aufgebraucht und ein Großteil der Mittel in eine aufgeblähte Verwaltung gesteckt. Jeder Niedersachse muß für die politische Führung und die zentrale Verwaltung des Landes im Jahr 235 DM zahlen und damit 43 DM mehr als in den übrigen Bundesländern.

Und, wenn Scharping ankündigt, im Falle eines Wahlsieges die Anzahl der Bundesministerien zu vermindern, muß

er sich die Frage gefallen lassen, warum er in Rheinland-Pfalz die Anzahl der Ministerien bei der Regierungsübernahme 1991 von 9 auf 11 erhöht hat. Allein 140 zusätzliche — teure — Positionen wurden in den Leitungsebenen neu geschaffen.

Die Erfolge unserer Politik

Den beginnenden Aufschwung wollen die Genossen nicht wahrnehmen. Doch unsere Wirtschaft wächst wieder, die Inflationsrate sinkt, der Preisdruck auf Mieten und Dienstleistungen läßt nach. Der Arbeitsplatzabbau in West und Ost ist gestoppt. Dies sind die Erfolge der konsequenten Wachstumspolitik der CDU-geführten Bundesregierung: Wir brauchen keine leistungs- und investitionsfeindliche Politik der SPD!

Bundesgrenzschutzneuregelungsgesetz

BGS-Recht regelt die Aufgaben einer Polizei des Bundes

Mit der Verabschiedung des Bundesgrenzschutzneuregelungsgesetzes wird das BGS-Gesetz aus dem Jahr 1972 novelliert und an die inzwischen eingetretene Entwicklung des Allgemeinen Polizeirechtes und des Datenschutzes angepaßt.

Auch sind in dieses neue Gesetz die zusätzlichen Aufgaben der Bahnpolizei und der Luftsicherheit einbezogen, die aufgrund des sogenannten Aufgabenübertragungsgesetzes vom 23. Januar 1992 auf den BGS übertragen worden sind. Es sei kurz auf die in diesem Gesetz verankerten vielfältigen Aufgaben des Bundesgrenzschutzes als der Polizei des Bundes hingewiesen:

- Grenzsicherung entlang der zukünftigen Außengrenzen der Europäischen Union, vorrangig an den Grenzen zu Polen und der Tschechischen Republik, durch starke Kräfte des Grenzschutzeinzeldienstes, verstärkt durch die Verbände.
- Unterstützung der Bundesländer zur Bewältigung besonderer polizeilicher Lagen mit hohem Störpotential durch die

Bundesgrenzschutzverbände einschließlich Zugriffseinheiten.

- Aufgaben der Bahnpolizei, die durch die Zunahme von Straftaten auf Anlagen und beim Betrieb der Deutschen Bahn AG in den Vordergrund gerückt sind.
- Spezialtätigkeiten besonderer Elitegruppen wie die der GSG 9 aber auch der Gruppe Fernmeldewesen.

Joachim Clemens: Es ist außerordentlich zu beklagen, daß die Opposition — und hier spreche ich speziell die SPD an —, die Regelung des § 10 in bezug auf die Gruppe Fernmeldewesen im Innenausschuß abgelehnt hat und wahrscheinlich auch endgültig ihre Zustimmung versagt. Bei dieser Gruppe Fernmeldewesen handelt es sich um eine Spezialeinheit, die durch Abhören von C- und D-Funk, und in Zukunft sicherlich auch E-Funk, in der Vergangenheit großartige Erfolge bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität erlangt hat. Sie hat durch ihre Amtshilfe für Länderpolizeien und Zoll ganz besonders zur Verbrechensbekämpfung beigetragen. ■

550.000 ostdeutsche Wohnungen 1993 modernisiert

Die kommunalen und genossenschaftlichen ostdeutschen Wohnungsgesellschaften haben im vergangenen Jahr 550.000 Wohnungen teilweise oder ganz modernisiert. Sie gaben dafür und für dringende Instandhaltungsmaßnahmen fast elf Milliarden Mark aus. Wie der Präsident des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft, Jürgen Steinert, berichtete, wollen sie ihre Sanierungsausgaben in diesem Jahr auf mehr als 20 Milliarden Mark verdoppeln und 1995 weiter steigern. Nach weiteren Angaben des Verbandes haben die ostdeutschen Wohnungsgesellschaften bis Ende 1993 knapp 54.000 ihrer insgesamt rund drei Millionen Wohnungen verkauft.

CDU auch bei Stichwahlen vorne

Die CDU ist auch nach den Stichwahlen vom 26. Juni die mit Abstand stärkste politische Kraft in den Kommunen in Thüringen.

Sie stellt in 14 von 17 Kreisen den Landrat. In der Landeshauptstadt Erfurt und in Suhl konnten sich die bisherigen CDU-Amtsinhaber durchsetzen. In Gera und Weimar siegten parteilose Bewerber, während der einzige Oberbürgermeisterposten für einen Liberalen nach Jena ging.

Ministerpräsident Bernhard Vogel hat das Ergebnis als eine gute Ausgangsposition für die Landtagswahl gewertet.

In Sachsen stellt die PDS in den Städten Hoyerswerda, Bad Muskau im niederschlesischen Oberlausitzkreis sowie in sechs weiteren Städten und Gemeinden das Stadtoberhaupt.

Bei den Oberbürgermeisterwahlen gab es ansonsten klare Siege der bisherigen

Amtsinhaber von SPD und CDU. In Leipzig wurde Hinrich Lehmann-Grube (SPD) mit 54,5 Prozent der Wählerstimmen im Amt bestätigt.

In Dresden setzte sich mit Herbert Wagner (CDU) der bisherige Amtsinhaber mit 54,79 Prozent gegen seine PDS-Rivalin Christine Ostrowski durch, die 28,78 Prozent der Stimmen bekam.

In der Vogtlandstadt Plauen heißt der alte und neue Oberbürgermeister Rolf Magerkord (CDU). Ebenso behaupteten sich in Zwickau mit Rainer Eichhorn (CDU) und in Görlitz mit Matthias Lechner (CDU) die bisherigen Amtsinhaber.

Die freien Wählergemeinschaften und parteilosen Kandidaten stellen in 472 Städten und Gemeinden die Bürgermeister, was der knappen Hälfte entspricht. In allen zehn von 23 Landkreisen Sachsens mit einer Stichwahl gingen nach Angaben des Statistischen Landesamtes die CDU-Kandidaten als Sieger hervor.

Rentenantragsberg in den neuen Ländern fast vollständig abgearbeitet

Die Rentenversicherungsträger in den neuen Bundesländern haben mit tatkräftiger Unterstützung der westdeutschen Versicherungsanstalten seit Beginn des vorigen Jahres über eine Million Rentenbescheide versandt.

Damit sind die etwa eine Million Rentenanträge aus den Jahren 1992 und 1993 bis auf einige wenige, besonders gelagerte Einzelfälle, abschließend bearbeitet worden.

Julius Louven, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfrak-

tion: Für diese bemerkenswerte Leistung ist allen beteiligten Versicherungsträgern und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank auszusprechen. Die Rentenversicherung hat das von uns in sie gesetzte Vertrauen vollauf gerechtfertigt; sie hat einen beträchtlichen Beitrag zur Erhaltung des sozialen Friedens in den neuen Ländern geleistet. Zu hoffen ist, daß auch die Neuberechnung der Renten mit Ansprüchen aus Sonder- oder Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR in absehbarer Zeit erledigt sein wird.

Erneuern mit Mut – Für Wachstum und Arbeit – Soziale Marktwirtschaft

Erneuerungsprozesse nötig

Die Wiedergewinnung befriedigender Wachstumsraten und das Auffinden von Wegen aus der Beschäftigungskrise sind die zentralen Themen, die zur Legitimationsfrage der Sozialen Marktwirtschaft schlechthin geworden sind. Der Bericht zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland, den die Bundesregierung im vergangenen Herbst vorgestellt hat, belegt, daß in Wirtschaft und Gesellschaft Erneuerungsprozesse nötig sind, für die wir eine gehörige Portion Mut brauchen, weil damit die Aufgabe liebgewordener, zumindest eingefahrener Denkmuster verbunden sein wird, vermeintlich angestammte Besitzstände aufgegeben werden müssen.

Lust auf Mitgestaltung

Vor diesem Publikum hieße es Eulen nach Athen tragen, die Befunde der Standortanalysen noch einmal zu wiederholen. Ich meine sogar, daß wir uns ein wenig davor hüten müssen, in ein ritualisiertes Lamento über die Schwächen des Standortes Deutschland zu verfallen und es damit dann bewenden zu lassen. Praktizierter „Mut zur Erneuerung“ heißt aus meiner Sicht zunächst einmal, die Geisteshaltung der Saturiertheit, der Satttheit aufzugeben zugunsten einer neuen Kreativität, einer Lust auf aktive Mitgestaltung des Gemeinwesens. Unsere Welt ist in viele Gegensätze aufgespalten; in arm und reich, in Menschen mit Arbeit, Menschen ohne Arbeit usw. Einer dieser

Gegensätze, der gar nicht notwendigerweise mit Besitzverhältnissen zusammenhängt, fällt mir immer stärker auf: Der zwischen „satten“, bequem gewordenen, und „hungrigen“, kreativen Gesellschaften, sozusagen Gesellschaften „mit Biß“.

Wie ist es anders zu erklären, daß die Riege der Akteure in der Weltwirtschaft seit den 70er Jahren derart in Bewegung geraten ist; daß nach Japan rasch die vier asiatischen „Tiger“ als ernsthafte Konkurrenten auftraten; daß wir heute schon absehen können, wann China auf der Bildfläche erscheinen wird? Während wir

**Aus dem Grundsatzreferat
des Vorsitzenden der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion,
Wolfgang Schäuble, beim
Symposium des Wirtschafts-
rates der CDU am 22. Juni.**

noch unsere Wunden aus den Fehlern der Vergangenheit lecken, uns mit einer eher gefühlsmäßigen Technikfeindlichkeit herumschlagen, werden die im genannten Sinne „hungrigen“ Gesellschaften in dieser Welt von einem Drang nach Fortschritt angetrieben, der sie nahezu automatisch immer besser werden läßt.

Davon sind wir in Deutschland weit entfernt. „Sind die Deutschen noch zu retten?“ haben deshalb jüngst Henzler und Späth im Titel eines Buches über die

strukturellen Probleme unserer Wirtschaft gefragt. Wer wollte diese Frage mit „Nein“ beantworten? Für ein „Ja“ kann man letztlich sogar gute Gründe ins Feld führen, insbesondere wenn man bedenkt, daß die Soziale Marktwirtschaft in der Vergangenheit manche Fehlentwicklungen und Belastungen überstanden und sich dabei prinzipiell als erneuerungsfähig erwiesen hat. Sie ist eben kein geschlossenes System oder fertiges Rezept, sondern die politische Leitidee einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft, der die Anpassung und Fortentwicklung an neue Bedingungen möglich sein muß, wenn nicht gar systemimmanent ist. Auf die Menschen, die diesen Entwicklungsprozeß vorantreiben wollen, kommt es an.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die „Väter“ der Sozialen Marktwirtschaft ihr Leitbild einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Zentralverwaltungswirtschaft nationalsozialistischen oder kommunistischen Typs entgegengesetzt. Von diesem Leitbild nahm das deutsche Wirtschaftswunder seinen Ausgang. Heute, fast 50 Jahre später, unter zum Teil radikal veränderten inneren und äußeren Bedingungen, müssen wir uns der konstitutiven Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft neu vergewissern.

Keine schnellen Erfolge

Wie die aktuellen Konjunkturdaten belegen, ist unsere Wirtschaft im Begriff, die schwere Rezession zu überwinden. Auch wenn wir dies mit Erleichterung feststellen, wissen wir, daß die kritische Masse des Handlungsbedarfs nicht im Auf und Ab der konjunkturellen Zyklen, sondern in den strukturellen Problemen der Wirtschaftsentwicklung liegt. Mit anderen Worten: Die allenthalben sprießenden Pflänzchen des neuen Wirtschaftsaufschwungs sind noch längst nicht dazu

angetan, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland auf Dauer zu sichern, geschweige denn die Arbeitslosenzahlen nachhaltig zu senken.

Es ist zwar richtig, aber letztlich auch kein Trost, daß nicht nur in Deutschland, sondern in allen westlichen Industriestaaten die Arbeitsmärkte unter erheblichem Streß stehen. In der OECD sind ca. 36 Millionen Menschen ohne reguläre Arbeit; davon stellt die Europäische Union mehr als die Hälfte. Im Jahr 1 nach der Vollendung des Binnenmarktes kletterte hier die Arbeitslosenquote über die 10-Prozent-Marke (wobei die Entwicklung in Ostdeutschland noch nicht einmal berücksichtigt ist).

Die Frage, die Ralf Dahrendorf 1982 formulierte: „Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus?“, und die für die 80er Jahre bei einem Anstieg der Erwerbstätigen um fast 3 Millionen noch einmal getrost mit „Nein“ beantwortet werden konnte, bleibt also aktuell.

Wenig spricht nämlich dafür, daß wir den Beschäftigungszuwachs der 80er Jahre problemlos wiederholen können, denn die weltwirtschaftliche Situation hat sich seitdem noch einmal grundlegend gewandelt: Osteuropa und damit die Billiglohnkonkurrenz vor der Haustür ist nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime auf den Plan getreten; die Schwellenländer (oder: die Länder „mit Biß“) haben in kurzer Zeit so aufgeholt, daß sie auch anspruchsvolle Produkte und Dienstleistungen zu einem Bruchteil unserer Kosten anbieten; schließlich hat sich auch die Internationalisierung der westlichen Unternehmen weiterentwickelt, die heute in viel stärkerem Maße als noch vor zehn Jahren — auch über kulturelle Barrieren hinweg — Standortvorteile dort nutzen, wo sie ihnen geboten werden.

Die logischen Folgen dieser globalen

Entwicklung für unsere Unternehmen sind Produktionsverlagerungen und verstärkte Direktinvestitionen sowie die Ausschöpfung aller Rationalisierungs- und Einsparpotentiale.

Die mit diesen Stichworten nur kurz benannten Trends schlagen jeder für sich, und alle gemeinsam mit voller Wucht, auf den Arbeitsmarkt durch. Um die Dimension der Aufgabe, vor der wir stehen, auf den Punkt zu bringen: Es wird geschätzt, daß in Deutschland sechs bis sieben Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden müssen; nicht etwa, um damit Vollbeschäftigung zu erzielen, sondern um die Arbeitslosenquote auf ca. 5 Prozent oder 1,7 Millionen zu senken!

Arbeitskosten müssen sinken

Neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze werden nur durch neues Wachstum geschaffen. Was wir also brauchen, ist eine regelrechte Wachstumsoffensive, deren Grundvoraussetzung die Überwindung der Struktur- und Kostenkrise in unserer Wirtschaft ist. Alle Befunde und Analysen laufen immer wieder auf die schlichte Maßgabe hinaus: Wir brauchen dringend eine Senkung der Arbeitskosten sowie eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Durch zügige Deregulierung können so vorhandene Arbeitsplätze besser verteilt, die Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft verbessert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wie überall in der Marktwirtschaft, so gilt auch im Arbeitsmarkt die Grundwahrheit des Zusammenhanges zwischen dem Preis, also den Kosten der Arbeit, und der Menge, also der Zahl der Arbeitsplätze.

Diese Balance verantwortungsvoll zu gestalten — vor allem auch gegenüber denjenigen, die keinen Arbeitsplatz haben — ist Sache der Tarifpartner. Sie sind dafür zuständig, die Löhne und Gehälter so festzulegen, Arbeitszeiten so zu vereinbaren und die anderen Rahmen-

bedingungen der Arbeit so zu regeln, daß nicht nur das Wohlergehen derjenigen, die eine Arbeit haben, erhöht wird, sondern daß auch zur Zeit Arbeitslose nicht chancenlos werden. Die letzte Tarifrunde hat gezeigt, daß Gewerkschaften und Arbeitgeber durchaus in der Lage sind, die Wettbewerbs- und Kostensituation bei ihren Abschlüssen zu berücksichtigen.

Es ist aber noch viel mehr Phantasie und Kreativität in der Tarifpolitik nötig, um manchen scheinbar unverrückbar auf dem Weg in die Zukunft liegenden arbeitsmarktpolitischen Felsbrocken beiseite zu räumen. Wichtig ist vor allem, daß Löhne und Einkommen wieder stärker differenziert werden, daß es für Langzeitarbeitslose niedrigere Einstiegstarife geben muß, daß betriebliche Vereinbarungen überall in Deutschland möglich werden. Auch sind wir alle einer Meinung, daß mehr Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden müssen und — bei mehr gutem Willen aller Beteiligten — geschaffen werden können.

All diese Maßnahmen werden nur dann zum Erfolg führen, wenn es gelingt, die Schnittstellen zwischen Transfer- und Erwerbseinkommen neu zu justieren. Ziel muß sein, daß jeder mit Beschäftigung — und sei es mit Teilzeit- oder Saisonbeschäftigung — ein höheres Einkommen hat als ohne Beschäftigung. Wir können uns auf Dauer eine Entwicklung nicht leisten, bei der ein immer größerer Teil der Menschen keiner regulären Beschäftigung nachgeht, sondern ohne einen Bezug zur eigenen Arbeitsleistung — eben durch Transferleistungen — seinen Lebensunterhalt und Lebensstandard gesichert sieht. Dies ist nicht nur eine ökonomische Frage.

Längerfristig hat ein ungerechtfertigtes Auseinanderklaffen von Arbeitsleistung und Einkommen schlimme psychologische Auswirkungen für den Arbeitslosen.

Und die demotivierende und frustrierende Wirkung auf all diejenigen, die arbeiten und die Transfereinkommen mitverdienen müssen, sollten wir ebenfalls nicht unterschätzen!

Hindernisse beseitigen

Von zukunftsweisender Bedeutung wird sein, ob und wie uns die Umorientierung unserer Wirtschaft auf die wachstumsintensiven Sektoren gelingt. Wir brauchen erstens eine stärkere Ausrichtung auf neue und vor allem wissensintensive Produkte. Sie sind der Motor der Arbeitsplatzbeschaffung. Der hohe Beschäftigungseffekt neuer Produkte bestätigt sich immer wieder, nicht nur im Rekurs auf die Industriegeschichte, sondern auch mit Blick auf unsere gegenwärtigen Konkurrenten am Weltmarkt. Wir müssen stärker zukunftsorientiert in neue Technologien und damit in neue industrielle Felder vorstoßen. Wenn wir in den Schlüssel- und Querschnittstechnologien der Informationstechnik, der Bio- und Gentechnik oder auch der Meerestechnologie den Anschluß verpassen, werden wir uns extrem schwer tun, auf den Weltmärkten draußen mitzuhalten und drinnen bei uns die nötigen neuen Arbeitsplätze zu schaffen.

Für Spitzenplätze im Bereich der Hochtechnologie ist Forschung und Entwicklung unerlässlich; beides kostet viel Geld. Wir müssen aber auch die rechtlichen und bürokratischen Hindernisse für zukunftsorientierte Aktivitäten unserer Unternehmen weiter abbauen. Die Gentechnik-Novelle war ein notwendiger Anfang, aber auch Beispiel dafür, wie mühselig zukunftsorientierte Entscheidungsprozesse in Deutschland ablaufen. Der Transrapid ist das nächste Beispiel, bei dem man sich fragen muß, ob die Bedenkenträger es bewußt darauf anlegen, daß wir den Zug in die Zukunft verpassen.

Leistungsfähige Infrastrukturen bilden eine wesentliche Grundlage für Wachstum. Der jüngste Beweis dafür sind die neuen Bundesländer. Hier ist im Bereich der Telekommunikations- und Verkehrsinfrastruktur eine grandiose Aufbauleistung erbracht worden, ohne die wir die Wachstumsraten in Ostdeutschland von 7 bis 8 Prozent in diesem Jahr sicher nicht erreicht hätten. Nicht von ungefähr kommt auch die Europäische Kommission in ihrem Weißbuch zu „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“ zu dem Schluß, daß die Schaffung leistungsfähiger transeuropäischer Netze im Verkehr, in Telekommunikation, im Energietransport beachtliche Wachstumspotentiale freisetzen und damit zu neuen Arbeitsplätzen führen wird.

Wir brauchen dazu ein innovations- und technikfreundliches Klima in unserer Gesellschaft. Die Politik allein kann ein solches Klima nicht verordnen. Gerade hier sind wir auf die vertrauensbildende Funktion von Eliten angewiesen. Bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie zum Beispiel sind die Barrikaden von der Politik zuletzt geräumt worden. Und wenn man überdurchschnittliche Wahlergebnisse für die grünen Fortschrittsverweigerer in Wohnvierteln von gehobener Qualität studiert, kommt man auf den Gedanken, daß die Blockade von technologischer Innovation auch etwas mit der eingangs erwähnten Saturiertheit zu tun haben könnte.

Ähnliches gilt für unsere Bürokratie. Der Standort Deutschland ist nicht nur durch besonders hohe Arbeitskosten, niedrige Arbeitszeiten, hohe Steuern und Abgaben belastet, sondern auch durch zu lang dauernde Genehmigungsverfahren, die öffentliche wie private Investitionen verzögern, verteuern, in ihrer effektiven Rentabilität schwer kalkulierbar machen. Die Umsetzung von Forschungsergebnissen

in marktfähige Produkte dauert auch deshalb zu lang. Das hat mit unserer Vollkasakomentalität gewiß so viel zu tun wie mit der Versuchung, möglichst alle Lebensbereiche zu verrechtlichen.

Zu ändern ist das nicht leicht — jedenfalls nicht allein durch Entbürokratisierungskommissionen. Wir brauchen einen öffentlichen Konsens für Innovation und Modernisierung, der auch Hindernisse überwinden könnte, die sich aus unserer Gewaltenteilung in der Kombination mit der Neigung jeder Einzelinstanz zur eigenen Risikominimierung ergeben. Es sind ja gar nicht immer die Gesetze des Bundes allein das Problem, sondern mehr eine Hypertrophie der Rechtsanwendung durch die je nur für Einzelgesichtspunkte zuständigen Fachbehörden.

Wir brauchen nicht nur neue Produkte, wir brauchen zweitens auch neue Märkte. Deutschland ist hochgradig vom Export abhängig. Leider sind wir aber nicht so sehr weltmarktorientiert, wie oft in Verkennung der Tatsachen behauptet wird, sondern das Gravitationszentrum unserer wirtschaftlichen Interessen liegt in Europa. Zugespitzt kann man sagen, daß wir nicht Welt-, sondern allenfalls Europameister im Export sind, wobei die Produkte, die wir exportieren, technologisch ausgereift, aber auch großenteils ausgereizt sind. In den wichtigsten Wachstumsmärkten der Welt ist Deutschland als Exporteur nur schwach vertreten, anders als die USA und Japan, die ihre Position in diesen Märkten in den letzten 10 Jahren deutlich gestärkt haben. Der Marktanteil deutscher Exporte liegt z. B. in Ostasien bei 4 Prozent. Könnten wir diesen Anteil auf unseren Weltdurchschnitt von 12 Prozent anheben, so hätten wir damit weit über eine ½ Million Arbeitsplätze neu geschaffen!

Bekanntlich könnte auch die Entwicklung des Dienstleistungssektors große Beschäftigungspotentiale freisetzen. Der

Standort Deutschland ist industrielastig wie keine andere westliche Volkswirtschaft, auch wenn hier die Statistik überzeichnet: Fast 40 Prozent der sog. Industrie-Beschäftigten arbeiten in Berufen, die durchaus den Dienstleistungen zugeordnet werden können.

Trotzdem liegt im tertiären Sektor, hier bei den modernen Dienstleistungen wie F & E, Telekommunikation, Kultur und Medien, auch bei den Pflegediensten, noch das größte Potential für nachwachsende Arbeitsplätze. Schätzungen kommen auf mehr als 4 Millionen bei optimalen Rahmenbedingungen. Vermutlich wird sich aber auch damit allein das Beschäftigungsproblem nicht lösen lassen, sondern was wir in der Zukunft brauchen, sind neben einer Ausweitung der modernen Dienstleistungen eine intakte Industriestruktur und ein breites Angebot an klassischen Dienstleistungen. In einem gesunden Mix aus diesen drei Sektoren liegt der Schlüssel für die Beschäftigung der Zukunft!

Sozialer Umbau erforderlich

Die Überwindung der Struktur- und Kostenkrise in unserem Land macht auch den sozialen Umbau nötig. Es ist gar keine Frage, daß die Vereinigung Deutschlands ebenso wie die tiefe Rezession in Westdeutschland unserem System der Sozialleistungen große Belastungen auferlegt hat. Gleichwohl ist es nicht nur deshalb in eine Krise geraten. Wir haben auch den vorläufigen Höhepunkt einer Reihe von Fehlentwicklungen erreicht, denen wir in der Vergangenheit vorwiegend mit Beitragserhöhungen oder Leistungskorrekturen begegnet sind, zu lange aber nicht mit substantiellen Reformen. Die Gesundheitsreform immerhin ist ein Beleg, daß wir dabei sind, das zu ändern.

Neben der Stärkung des Versicherungsprinzips muß der Leistungsumfang auf

den Prüfstand. Risiken, die der einzelne selbst tragen oder ebenso gut privat absichern kann, müssen nicht unbedingt in der Sozialversicherung abgedeckt werden. Anders als in der Zeit des Wiederaufbaus in den 50er und 60er Jahren sind wir heute in der Lage, bei steigenden Arbeitseinkommen auch steigende eigene Beiträge zur Absicherung von Risiken zu leisten. Selbstverantwortung und Eigenbeteiligung bleiben die beste Vorkehr gegen verschwenderischen Umgang mit und gegen die Fehlleitung von Ressourcen.

Unter diesem Gesichtspunkt bleibt ein Element der Selbstbeteiligung in der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf der Tagesordnung. Bei diesem Thema dürfen sich die Politiker nicht entmutigen lassen, auch nicht von wankelmütigen Interessenvertretern!

Alle sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Rentenversicherung, stehen vor einem besonderen Problem, dem der Bewältigung der voraussehbaren demographischen Entwicklung. Die Erwerbsbevölkerung in der Bundesrepublik wird langfristig relativ abnehmen, die Rentnerbevölkerung zunehmen. Es ist eine einfache Rechnung: steigt die Zahl der Älteren und sinkt die Zahl der Jüngeren, dann muß entweder die Umverteilungslast der Jüngeren zunehmen oder die Leistungen für die Älteren müssen zurückgenommen werden.

Eine Alternative sehe ich nicht. — Dabei ist das Rentenproblem mit einem demographischen „Köpfzählen“ noch gar nicht umfassend beschrieben. Denn die Zahl der Bürger im erwerbsfähigen Alter wird langfristig nicht das einzige Problem sein. Von großer Bedeutung ist auch, daß sie tatsächlich einen Arbeitsplatz besetzen können. Die Kombination von Arbeitsmarkt- und demographischer Entwicklung läßt die Dimension des Problems erahnen.

Der veränderte Altersaufbau unserer Gesellschaft muß Auswirkungen auf die Familienpolitik haben. Ob wir es nun Familienleistungsausgleich oder Familienlastenausgleich nennen — zwingend ist, daß wir in einer Zeit, in der sich das Verhältnis zwischen den Generationen derart verschoben hat, über die Zukunft der Familie anders nachdenken müssen als früher, wo es die Regel war, daß die Familien Kinder hatten und der Generationenvertrag durch ausreichenden Nachwuchs gesichert wurde.

Ohne die nachwachsende Generation ist weder unsere Soziale Marktwirtschaft noch unser soziales Sicherungssystem zukunftskräftig. Deshalb kommt die Frage der Lastenverteilung wieder auf die Tagesordnung.

Noch ein weiterer Aspekt unseres Steuer- und Abgabensystems bedarf der Korrektur. Gegenwärtig wird wider alle ökonomische Vernunft das besonders teuer gemacht, wovon wir zur Zeit im Überfluß haben: Arbeitskraft. Dagegen ist das, woran wir — zumal unter globalen Gesichtspunkten — eigentlich sparen müßten und dessen Knappheit immer deutlicher vor Augen tritt in einem Zeitalter, in dem bei jeder Entscheidung auch ökologische Gesichtspunkte eine Rolle spielen, viel zu preiswert: Energie und Rohstoffe. Ein Unternehmer wird stets versuchen, eine für ihn optimale Balance in der Kosten-Nutzen-Relation zu finden. Wenn der Faktor menschliche Arbeit — dadurch, daß er in besonders hohem Maß mit Steuern und anderen Abgaben belegt ist — sehr teuer ist, besteht ein hoher Anreiz, ihn einzusparen und Menschen durch Maschinen zu ersetzen.

Ökonomisch wie ökologisch sinnvoller wäre es, im Mix der Produktionsfaktoren menschliche Arbeit billiger zu machen und im Gegenzug den Verbrauch von Rohstoffen und Energie zu verteuern.

Das setzt allerdings europäische und am besten weltweite Harmonisierung voraus. Denn wir dürfen die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen etwa bei den Energiekosten nicht weiter verschlechtern. Jedenfalls können wir eine andere Zuordnung der Steuer- und Abgabenlasten nicht auf Kosten der Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen vornehmen.

Die Staatsquote senken

„Weniger Staat“ ist ein zentrales Anliegen für die Zukunft, wie auch der Wirtschaftsrat gerade wieder festgestellt hat. Zum einen stellt sich immer wieder heraus, wie wenig effizient der Staat in den Bereichen arbeitet, in denen er eigentlich gar nichts zu suchen hat. Zum andern und über die praktische ökonomische Vernunft hinaus wurzelt ein wesentlicher Grund, warum wir die Staatsquote langfristig unbedingt wieder senken müssen, in der Erkenntnis, daß überall da, wo der Staat sich einmischt, Aufgaben übernimmt oder nicht abgibt, private Initiative und Leistung eingeschränkt werden oder sogar ganz zum Erliegen kommen.

In den 80er Jahren haben wir die Staatsquote von rd. 52 Prozent beim Regierungsbeginn Helmut Kohls auf unter 46% 1989 abgesenkt. Im Gefolge der Wiedervereinigung ist sie uns wieder auf 52% hochgeschwungen. Bis Ende dieses Jahrzehnts muß sie wieder — wie in den 80er Jahren — zurückgeführt werden. Durch eine Kombination von Wachstum und strenger Begrenzung der Ausgabenzuwächse haben wir das schon einmal geschafft und sind entschlossen, diesen Erfolg zu wiederholen.

Umgekehrt macht es Mut zu beobachten, welch heilsame Wirkung schon allein die Aussicht privatwirtschaftlicher Konkurrenz auf staatliche Einrichtungen haben kann. Am Montag habe ich in den Zeitungen gelesen: „Nachdem die Bonner

Regierung die private Arbeitsvermittlung in Deutschland auf den Weg gebracht hat, ist die Bundesanstalt für Arbeit in Bewegung gekommen. Die Nürnberger Behörde plant nach den Sommerferien eine große Vermittlungsoffensive. Rund 2000 Arbeitsvermittler sollen ihre Schreibtische räumen und in den Betrieben nach neuen Stellen für Arbeitslose suchen.“

So hat die vom Deutschen Bundestag beschlossene Abschaffung des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit regelrecht „Feuer unter den Hintern“ gemacht: Plötzlich ist es offenbar auch einer Institution wie der Bundesanstalt möglich geworden, bei der Arbeitsvermittlung in die Offensive zu gehen!

Gleichwohl sind zur Umsetzung der Forderung nach weniger Staat enorme Kraftakte nötig, wie die Bahnreform oder die Privatisierung der Lufthansa jüngst wieder gezeigt haben. Häufig türmen sich nahezu unüberwindliche Hindernisse auf, wie bei der Lufthansa, wo das schwierige Problem zu lösen war, die aufgelaufenen Versorgungsansprüche der Mitarbeiter in der VBL zu sichern. Daß schließlich ein Ausweg gefunden wurde, ist ein Zeichen dafür, daß die Lage in unserem Land ernst, aber nicht hoffnungslos ist. Ich hoffe dringend, daß jetzt endlich auch die Postreform zustande kommt und daß sich die Sozialdemokraten doch noch dem Verweigerungsdiktat der Postgewerkschaft entziehen.

Letztlich geht es bei dem Ziel, den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurückzuführen, um drei Punkte: Die Strukturen der staatlichen Verwaltung müssen schlanker werden, die bürokratischen Hindernisse für Innovationen müssen abgebaut werden und die Staatsquote muß gesenkt werden. Dies muß durch eine Politik erreicht werden, die sich zum

Ziel gesetzt hat, öffentliche Armut in privaten Reichtum zu verwandeln.

Angesichts eines kommunalen Investitionsbedarfs von 1,6 Billionen DM ist Kreativität und Phantasie gefragt, um private Investoren und Unternehmer dazu zu bewegen, ihr Geld in bisher öffentliche Aufgaben zu stecken. Wir müssen viel unvoreingenommener prüfen, welche Lebensbereiche tatsächlich der staatlichen Normierung bedürfen, welche Bereiche der Bedürfnisbefriedigung weiterhin im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge geregelt werden müssen, und wo die Mechanismen von Angebot und Nachfrage zu besseren und damit auch sozial gerechteren Ergebnissen führen.

Aber täuschen wir uns nicht: Die Widerstände selbst gegen kleinere Reformschritte sind so gewaltig, daß wir uns wohl oder übel auf eine länger andauernde Schlankheitskur in unserem Gemeinwesen einzurichten haben. Immer wieder zeigt sich: Deregulierung hat, wenn es konkret wird, keine Lobby, auch nicht bei den Wirtschaftsverbänden, die ihre begrenzten Interessen mit Zähnen und Klauen verteidigen. Jüngstes Beispiel ist das „Reförmchen“, wie eine Zeitung die Aufhebung des Rabattgesetzes am letzten Freitag nicht ganz zu unrecht genannt hat. Vom Ladenschlußgesetz will ich heute gar nicht reden. Beim Schlechtwettergeld war die Deregulierungsbereitschaft der betroffenen Verbände auch sehr begrenzt. Und wenn ich an privatwirtschaftliche Elemente für eine moderne Verkehrsinfrastruktur denke, dann ahne ich schon die Welle des Widerstandes, die anrollt, wenn etwa streckenabhängige Autobahnbenutzungsgebühren konkret werden sollten, obwohl sie gewiß auch ein gewaltiges innovatorisches Potential für eine nachfrageorientierte Verkehrsinfrastruktur beinhalten könnten.

Verantwortung für das Ganze

Bei alledem wird es entscheidend darauf ankommen, daß wir unserer Verantwortung für die Zukunft des Gemeinwesens gerecht werden. Wir müssen uns wieder stärker auf unsere Verantwortung auch für das Ganze besinnen. Anders werden wir die vor uns liegenden Herausforderungen nicht bewältigen können. In der Sozialen Marktwirtschaft geht es eben nicht nur um Fragen erfolgreichen Wirtschaftens, sondern immer zugleich um die angemessene Form politischer Ordnung, in der sich dieses Wirtschaften vollzieht.

Soziale Marktwirtschaft und politische Demokratie, wirtschaftliche Freiheit und politische Freiheit besitzen eine enge Affinität. Freiheit heißt im staatlich-politischen Bereich wie im wirtschaftlichen Bereich immer Verzicht auf ein Zuviel an Regelungen und Reglementierungen. In der Demokratie wie in der marktwirtschaftlichen Ordnung muß dem dann aber auch ein stärkeres Maß an freiwilligem Engagement und freiwilliger Eigenverantwortung gegenüberstehen.

Politik und Wirtschaft haben eine gemeinsame Verantwortung und die Pflicht zu gemeinsamem Engagement. Nicht zuletzt ist es Sinn der Standortdebatte, auch in dieser Hinsicht ein Umdenken einzuleiten. Dies wiederum heißt, daß die Verantwortung für die Rahmenbedingungen, also für das Ganze, eine Sache ist, die nicht nur auf einzelne abgeschoben werden kann.

Es wäre viel gewonnen, wenn die gegenwärtige Debatte um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaftsordnung wenigstens zu der Einsicht führen würde, daß weder die freiheitliche Demokratie noch die Soziale Marktwirtschaft ohne persönliches Engagement und persönliche Verantwortung für das Ganze eine gute Zukunftschance haben. ■

Die Familien sind bei der Union gut aufgehoben

Anläßlich der familienpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag am 24. Juni erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Michalk:

Diese Bundesregierung hat seit 1983 eine ganze Menge für die Familien getan. Darüber können alle Diskussionen über die Notwendigkeit weiterer Leistungsverbesserungen nicht hinwegtäuschen. Einführung und Ausbau von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, rentenrechtliche Anerkennung von Kindererziehungszeiten, Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuß, Freistellung der Eltern von der Arbeit bei Erkrankung ihrer Kinder sind die wichtigsten Stichworte.

Insbesondere der duale Familienlastenausgleich ist systematisch verbessert worden. Mit der Kombination Kinderfreibetrag von 4.104 DM und Mindestkindergeld von 70 DM wird eine gerechte Besteuerung von Eltern gegenüber Kinderlosen entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gewährleistet. Falsche Aufgeregtheiten sind daher fehl am Platz.

Die vom Bundesverfassungsgericht verlangte steuerliche Freistellung des jeweils aktuellen Existenzminimums von Kindern erfordert jedoch eine Weiterentwicklung ab 1996. Gestaltungsbedarf ergibt sich auch im Hinblick auf eine stärker bedarfsorientierte Familienförderung. Insbesondere kinderreiche Familien und solche mit geringerem Einkommen sollen durch zusätzliche direkte staatliche Leistungen stärker unterstützt werden.

Steuerrecht und Leistungsrecht greifen damit eng ineinander. Die mit solchen Maßnahmen verbundenen finanziellen

Auswirkungen verlangen eine sorgfältige Prüfung in Gesamtzusammenhängen. Wohlklingende Forderungen nach scheinbar einfachen Einheitsleistungen verfangen nicht; sie erweisen sich entweder als finanzpolitisch unrealistisch oder zeichnen sich durch mangelnde Zielgenauigkeit aus — oft trifft beides zu.

Der Rahmen für eine künftige Familienförderung ist abgesteckt:

- Die steuerliche Förderung der Familie wird verbessert.
- Transferleistungen für die Familien werden stärker auf Einkommen und Kinderzahl ausgerichtet; die Leistungen müssen um so höher sein, je geringer das Einkommen und je größer die Kinderzahl in der Familie ist.
- Der Familienleistungsausgleich wird in angemessenen Abständen an die wirtschaftliche Entwicklung angepaßt.

Faktisch dürfte ein Ausbau der Familienförderung auf der Grundlage des bestehenden dualen Systems aus Kinderfreibetrag und Kindergeld besonders naheliegen. Doch sind auch andere Modelle vorstellbar. Mit Interesse ist insoweit der Ankündigung der Familienverbände entgegenzusehen, in Kürze eine gemeinsame Position zu diesen Fragen vorzulegen.

Die Situation der Familien zu verbessern, ist eine Aufgabe, die gewiß nicht in einem Schritt zu bewältigen ist. Klar ist aber auch: das Bewußtsein für die Belange der Familien wächst auf allen Ebenen zusehends. Nicht zuletzt der Fünfte Familienbericht gibt hier wichtige Impulse. Die Familien sind damit auch künftig gut bei der Union und der von ihr getragenen Bundesregierung aufgehoben. ■

Unser System der sozialen Sicherung darf nicht unterlaufen werden

Zum Grundsatzbeschuß des EU-Arbeitsministerrates über „Europäische Betriebsräte“ erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Der von Norbert Blüm erreichte Grundsatzbeschuß ebnet den Weg zu einer verbindlichen Festlegung von Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer in Unternehmen, die europaweit tätig sind. Das ist das Verdienst unseres Bundesarbeitsministers. Das von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem DGB-Bundeskongreß gegebene Versprechen wird damit eingelöst.

Auf dem Weg in die europäische Einigung sorgen wir dafür, daß Mitbestimmungsrechte erhalten bleiben und auch grenzüberschreitend wirksam werden. Eine Nivellierung sozialer und arbeits-

rechtlicher Standards auf niedrigem Niveau wird es mit uns nicht geben.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1994 wird es unter deutscher EU-Präsidentschaft darum gehen, durch weitere Maßnahmen sogenanntes Sozialdumping innerhalb der Europäischen Union wirksam zu verhindern. Vordringlich ist für uns eine Klärung der rechtlichen Bestimmungen bei der Entsendung von Arbeitnehmern innerhalb der Europäischen Union. Denn wir wollen nicht, daß ausländische Unternehmen auf der Grundlage niedriger sozialer Verpflichtungen das System der sozialen Sicherheit in Deutschland unterlaufen können.

Die Politik der Union zum Schutz der deutschen Arbeitnehmer dient auch allen anderen Arbeitern und Angestellten in der Europäischen Union. ■

Ein großer Erfolg für die Arbeitnehmer

Der vom EU-Rat der Arbeits- und Sozialminister gefaßte Beschluß zur Errichtung eines „Europäischen Betriebsrates“ ist ein großer Erfolg für die Arbeitnehmer.

Es ist vor allem dem Einsatz des Arbeits- und Sozialministers unseres Landes, Norbert Blüm, zu verdanken, daß wir nun ein effizientes Arbeitnehmervertretungsrecht haben, das in Anlehnung an die Bestimmungen in unserem Lande die Arbeitnehmer grenzüberschreitend mit Unterrichts- und Anhörungsrechten ausstattet. Bei jährlich mehr als 600 grenzüberschreitenden Unternehmenszusammenschlüssen ist nun ein Instrument geschaffen worden, um sozialen

Verwerfungen, die durch Entscheidungen über Produktionsstandort, Produktionsverlagerung, Betriebsschließung, Personalabbau konzernweit und auch ortsgebunden entstehen können, in vertrauensvoller Zusammenarbeit aller zu verhindern.

Heinz-Adolf Hörsken, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich appelliere an die Arbeitgeber in Europa, ihre Blockaden aufzugeben und sich bei ihren deutschen Kollegen zu informieren, welche bedeutenden Vorteile die in Deutschland praktizierte Mitbestimmung auch aus der Sicht der Unternehmer hat.

Grünes Licht für 1.100 Anträge auf Eigenkapitalhilfe

Im Zusammenhang mit dem Programm der Bundesregierung für Wachstum und Beschäftigung ist auch beschlossen worden, ein Eigenkapitalhilfeprogramm aufzulegen, das in den alten Bundesländern Geltung haben soll.

Die Wiedereinführung dieses EKH-Programms trägt wesentlich zu einer weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk bei. Gegenüber früheren Förderbedingungen wird der Förderhelfsbetrag auf 700.000 DM erhöht und die Altersgrenze für die Antragstellung auf 55 Jahre heraufgesetzt.

Das neue Programm hat sich in kurzer

Zeit als Renner erwiesen. Bei der Ausgleichsbank liegen zwischenzeitlich 1.100 Anträge zur Genehmigung vor. Nach der Zustimmung von BMF und Bundesrechnungshof können die Richtlinien noch in dieser Woche in Kraft treten. Auch die EG hat grünes Licht gegeben.

Dietrich Austermann: Damit kann ein wichtiger Schritt für Existenzgründungen, auch im Wege der Übernahme eines mittelständischen Betriebes, geleistet werden. Die Zahl der Anträge in einem kurzen Zeitraum macht deutlich, daß die Wirtschaft sich belebt.

Das früher in den alten Ländern geltende Programm hat sich auch in den neuen Ländern bewährt. Seit 1990 haben sich dort ca. 160.000 neue Unternehmer am Markt etabliert oder Freiberufler erstmals selbständig gemacht. Erwartungsgemäß geht dort die Zahl der Anträge für Existenzgründungsprogramme nach dem Boom der ersten Jahre langsam zurück. ■

Sachinformation statt Verbraucherverunsicherung im Pflanzenschutzmittelbereich

Zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in der Europäischen Union erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Agrarpolitik“ Reimer Böge MdEP:

Die Harmonisierung von Pflanzenschutzmittelvorschriften in der Europäischen Union ändert nichts an den scharfen Kriterien zur Zulassung in der Bundesrepublik Deutschland.

Nach wie vor ist es verboten, Pflanzenschutzmittel ohne nationale Zulassung auf dem deutschen Markt zu verbreiten und anzuwenden. Auf EU-Ebene wird lediglich in Zukunft bestimmt, welche Stoffe überhaupt als geeignet zur Verwendung in Pflanzen-

schutzmitteln angesehen werden. Entscheidend aber bleibt weiterhin das nationale Zulassungsverfahren.

In Deutschland werden Pflanzenschutzmittel nur zugelassen, wenn sie bei bestimmungsgemäßer und sachgerechter Anwendung keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier und auf das Grundwasser haben. Dies bleibt auch künftig so. Presseberichte, die von einer Wiederzulassung von DDT und Atrazin in Deutschland sprechen, sind demnach gegenstandslos. Die Verbraucher sind weiterhin auf der sicheren Seite, wenn sie qualitativ hochwertige Nahrungsmittel aus deutscher Produktion kaufen.

Start in den Bundestagswahlkampf

Deutschlandtreffen der CDU

Westfalenhalle Dortmund am Sonntag, 28. August 1994

11.30 Uhr: Einlaß in die Westfalenhalle

12.00 Uhr: Musikalisches Vorprogramm

13.00 Uhr: Großkundgebung mit

Bundeskanzler Helmut Kohl

Bundesminister Theo Waigel

Generalsekretär Peter Hintze

Bundesminister Norbert Blüm

Bundesministerin Angela Merkel

Liebe Parteifreunde!

Es ist eine gute Tradition, daß die CDU Deutschlands die heiße Phase ihres Bundestagswahlkampfes mit einer Großveranstaltung in Dortmund eröffnet.

Die machtvollen Kundgebungen in der großen Westfalenhalle waren stets ein kräftiger Mobilisierungsschub für die Union und ihre Spitzenkandidaten, angefangen von Konrad Adenauer bis hin zu Helmut Kohl.

Am Sonntag, dem 28. August, starten wir den Bundestagswahlkampf '94 mit einem

Deutschlandtreffen der CDU in der Westfalenhalle Dortmund.

Wir treffen uns in Dortmund mit Mitgliedern und Freunden aus allen Teilen Deutschlands sowie mit allen führenden Politikern der Union, um für die CDU Deutschlands, den Bundeskanzler und die

Fortsetzung unserer erfolgreichen Politik zu demonstrieren.

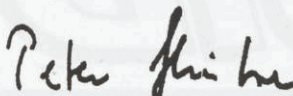
Dieses Vorhaben erfordert von uns allen eine intensive Vorbereitung.

Lassen Sie nichts unversucht, so viele Teilnehmer wie möglich für die Fahrt nach Dortmund zu gewinnen.

Die Organisation der Bundesgeschäftsstelle ist Ihnen bei der Vorbereitung für diese Veranstaltung gerne behilflich. Für weitere Auskünfte steht Ihnen Herr Moteh zur Verfügung, Tel. (02 28) 5 44-2 56, Fax (02 28) 5 44-3 71.

Ich bitte Sie herzlich, den Wahlkampfauftritt in Dortmund nach Kräften zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Hintze

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Deutschland-Premiere:

„Kennste Deutschland?“

„Kennste Deutschland“ — das Computer-Spiel der CDU ist das erste Spiel, dessen Spielfeld durch die originalen dreidimensionalen Topographie-Daten der Bundesrepublik Deutschland gestaltet wird.

Und wer hier als erster von z. B. Traunstein nach Wolgast (das Ziel bestimmt der Computer) gelangen möchte, muß sich schon gut in Deutschland auskennen, um das dafür notwendige Fahrgeld zu verdienen, um zu wissen, welche Stadt dem Ziel am nächsten liegt, oder ob vielleicht ein Umweg über X-Stadt lohnt, um von dort mit dem Flugzeug weiterreisen zu können.

Unterbrochen wird die Deutschlandreise durch mehrere Frage- und Spielsequenzen, wie z. B. das neue CDU-Quattris oder eine Umfrage der Lokalredaktion. „Kennste Deutschland“ — das Familien-Computerspiel kann mit bis zu 4 Spielern gegeneinander/miteinander gespielt werden.

Systemvoraussetzungen sind ein IBM-kompatibler Rechner mit MS-DOS 4.0, ein 3.5 Laufwerk sowie eine VGA-Grafikkarte.



- Bestell-Nr.: 9849
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 25,— DM

UiD

22/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementpreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.